

Ein neuer Blick auf das Verhältnis von Bolschewiki und nationalen Befreiungsbewegungen im Zarenreich¹

Eric Blanc

Ein Blick aus den Randgebieten des Zarenreiches fordert geradezu auf, lang gehegte Annahmen über die russische Revolution und die Entwicklung des marxistischen Herangehens an die nationale Befreiung neu zu überdenken.

Im vorliegenden Aufsatz werden die Debatten unter den Sozialisten zur nationalen Frage bis 1914 analysiert. Ich behaupte, dass eine wirksame Strategie des Marxismus in der kolonialen Frage zum ersten Mal von den Sozialisten der Randgebiete des Zarenreiches vorgelegt wurde, nicht von den Bolschewiki. Vladimir I. Lenin und seine Genossen blieben in dieser Schlüsselfrage bis in den Bürgerkrieg hinein hinter den nichtrussischen Marxisten zurück. Diese politische Schwäche hilft zu erklären, weshalb die Bolschewiki damit scheiterten, unter den beherrschten Nationen Wurzeln zu schlagen. Als Folge dessen waren die Bolschewiki dort entweder zahlenmäßig schwach und/oder gleichgültig gegenüber den nationalen Autonomiebestrebungen in den sozialistischen Revolutionen in den Randgebieten.

Wer waren die Marxisten der Randgebiete?

Unser Verständnis der revolutionären Bewegung in Russland ist bis heute davon beeinträchtigt, dass die sozialistischen Parteien der beherrschten Nationalitäten des Reiches von der Geschichtsschreibung marginalisiert wurden. Da die ethnischen Russen maximal 42 Prozent der Bevölkerung stellten, kann es nicht überraschen, dass die Mehrheit der Sozialdemokraten des Zarenreichs nichtrussischen Parteien angehörte.² In der Tat

1 Überarbeiteter Vortrag, gehalten auf der 11. Jahreskonferenz der Zeitschrift „Historical Materialism“ vom 6.-9.11.2014 in London.

2 Die meisten Historiker, die sich auf die Volkszählung von 1897 berufen, geben den Anteil der ethnischen Russen an der Bevölkerung des Zarenreiches mit 43 oder 44 Prozent an. Abgesehen davon, dass dabei die Polen nicht vollständig gezählt sind, fehlen auch die Bevölkerungen von Finnland, Buchara oder Chiwa (insgesamt etwa sechs Millionen Menschen). Die wichtigsten Ergebnisse der Volkszählung siehe bei V. P. Semenova (Hrsg.): *Rossija. Polnoe geografičeskoe opisanie našego otečestva*, Sankt-Peterburg 1913.

machten Menschewiki und Bolschewiki als Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) zusammengenommen nur etwa 22 Prozent der Marxisten des zaristischen Russlands aus (siehe Tabelle)³.

Dennoch sind die nichtrussischen Sozialdemokraten des Zarenreichs von der akademischen und sozialistischen Historiografie vernachlässigt worden. Jahrzehnte lang haben Historiker des Westens die Sozialdemokraten der Randgebiete in der Regel nur erwähnt, um sie als von den Bolschewiki dominierte Opfer darzustellen. Da diese Interpretation die Annahme widerspiegelt, der Marxismus ignoriere nationale Unterdrückung grundsätzlich, wurden Wirkung und Einfluss der Sozialdemokraten der Randgebiete praktischerweise übergangen. Sozialistische Autoren, sowohl Trotzisten als auch Stalinisten, haben die Marxisten der Randgebiete in ähnlicher Weise ausgeblendet, denn eine seriöse Analyse ihrer Sicht hätte

3 Diese Tabelle habe ich anhand folgender Quellen zusammengestellt: polnische PPS: Anna Żarnowska: *Geneza rozłamu w Polskiej Partii Socjalistycznej, 1904-1906*, Warszawa 1965, S.457; SDKPiL (seit 1906 der RSDAP angeschlossen): Paweł Samuś: *Dzieje SDKPiL w Łodzi: 1893-1918*, Łódź 1984, S.69; georgische Sozialdemokraten (seit 1903 der RSDAP angeschlossen): Stephen Jones: *Socialism in Georgian Colors: the European Road to Social Democracy, 1883-1917*, Cambridge/MA 2005, S.209; litauische LSDP: Leonas Sabaliūnas: *Lithuanian Social Democracy in Perspective, 1893-1914*, Durham 1990, S.114; Jüdischer Bund (seit 1901: Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland, 1898-1903 und nach 1906 der RSDAP angeschlossen): Moisej Grigor'ewič Rafes: *Očerki po istorii Bunda, Moskva 1923*, S.161; Sozialdemokratische Partei Finnlands (vor 1903 Finnische Arbeiterpartei): Hannu Soikkanen: *Socialismin Tulo Suomeen: Ensimmäisiin Yksikamarisen Eduskunnan Vaaleihin Asti, Porvoo-Helsinki 1961*, S.338; ukrainische RUP (seit 1905 Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei): Volodimir Golovčenko: *Vid „Samostijnoï Ukraïni“ do Sojuzu vizvolennja Ukraïni, Charkiv 1996*, S.65; Lettische Sozialdemokratische Union (seit 1913 Partei der Lettischen Sozialrevolutionäre): Arveds Švābe: *Latvijas Vēsture, 1800-1914*, Daugava 1962, S.611; Armenische Spezifisten: I. S. Bagirova: *Političeskie partii i organizacii Azerbajdzana v načale XX veka (1900-1917)*, Baku 1997, S.232; Bolschewiki: Anatolij I. Utkin: *K voprosu o čislennosti i sostave RSDRP v 1905-1907 gg.*, in: Avenir P. Korelin (Hrsg.): *Političeskie partii Rossii v period revolucii 1905-1907 gg. Količestvennyj analiz*, Moskva 1987, S.19; Menschewiki (ohne ukrainische Spilka und georgische Sozialdemokraten): ebenda; lettische LSDAP (seit 1906 Lettische Sozialdemokratie; seit 1906 der RSDAP angeschlossen): Vitālijs Salda: *Latvijas sociāldemokrātijas organizatoriskās attīstības dažās tendences 1905. gada revolūcijā*, in: Jānis Bērziņš (Hrsg.): *1905. gads Latvijā: 100. Pētījumi un starptautiskas konferences materiāli, 2005. gada 11.-12. janvāris, Rīga, Rīga 2006*, S.209; muslimische Hummet: meine grobe Schätzung nach Ismail Alovsat ogly Agakišiev: *Vozniknovenie i dejatel'nost' social-demokratičeskoj organizacii „Gummet“ v 1904-1911 godach*, Dissertation, Moskovskij gosudarstvennyj universitet 1991; ukrainische Spilka (seit 1905 der RSDAP angeschlossen): A. Riš: *Očerki po istorii Ukrainkoj social-demokratičeskoj „Spilki“, Char'kov 1926*, S.25.

das Axiom widerlegt, dass die Bolschewiki konsequente, bahnbrechende Verfechter der nationalen Befreiung gewesen seien. Jede dieser Interpretationen vereinfacht eine viel kompliziertere Realität und lässt damit die Marxisten der Randgebiete unbeachtet.

Tabelle: Die wichtigsten marxistischen Organisationen im Zarenreich (1890-1914)

| Organisation | Gründungs- jahr | Höchste Mitgliederzahl |
|---|--------------------|---------------------------|
| Polnische Sozialistische Partei | 1892 | 55.000 |
| Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens | 1893 | 40.000 |
| Georgische Sozialdemokratie „Mesame Dasi“ | 1893 | 20.000 |
| Litauische Sozialdemokratische Partei | 1896 | 3.000 |
| Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland | 1897 | 40.000 |
| Sozialdemokratische Partei Finnlands | 1899 | 107.000 |
| Revolutionäre Ukrainische Partei | 1900 | 3.000 |
| Lettische Sozialdemokratische Union | 1903 | 1.000 |
| Armenische Sozialdemokratische Arbeiterorganisation „Spezifisten“ | 1903 | 2.000 |
| Bolschewistische Fraktion der SDAPR | 1903 | 58.000 |
| Menschewistische Fraktion der SDAPR | 1903 | 27.000 |
| Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei | 1904 | 23.800 |
| Muslimische Sozialdemokratische Partei „Hummet“ | 1904 | 1.000 |
| Ukrainische Sozialdemokratische Union „Spilka“ | 1904 | 10.000 |

Die ersten Debatten zur nationalen Frage

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts brachte das Drängen der Plattform um die Zeitschrift „Iskra“, einer grundsätzlich russischen und russifizierten Fraktion der SDAPR, auf dem Gebiet des ganzen Reiches eine zentralisierte revolutionäre Partei aufzubauen, diese auf Kollisionskurs mit den nichtrussischen marxistischen Parteien. Der Organisationsplan der Iskra wird oft irrtümlich als einfache Weiterführung populistischer Traditionen dargestellt. In Wirklichkeit arbeitete der Volkswille (Narodnaja volja) als Partner mit dem polnischen Proletariat, der ersten marxistischen Partei des Zarenreiches, zusammen. Sie lehnte aus folgenden Gründen eine organisatorische Vereinigung aber ausdrücklich ab: „Bei Achtung der Unabhängigkeit und freien Entwicklung jeder Nation erkennt [das Exekutivkomitee des Volkswillens] an, dass die Unterschiede in den sozialen

Bedingungen des russischen und des polnischen Volkes identische Mittel der Vorbereitungsarbeit russischer und polnischer Sozialisten nicht zulassen. Folglich würde eine vollständige Vereinigung [der beiden Parteien] die Tätigkeit der russischen und polnischen Sozialisten möglicherweise hemmen und ihre Freiheit bei der Wahl der geeignetsten Methoden von Organisation und Kampf einschränken.“⁴

Der Präzedenzfall für dieses Vorgehen wurde 1897 weiter verfestigt, als die Sozialdemokratie des österreich-ungarischen Habsburgerreiches eine Föderation von sechs nationalen Parteien bildete. Die meisten Sozialdemokraten in den Randgebieten des Zarenreiches hielten in der Organisationsfrage an dieser Auffassung fest, ebenso die russischen Sozialrevolutionäre (SR).⁵ Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Gründungsparteitag der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (LSDAP) forderte für das ganze Reich eine föderalistische marxistische Partei und begründete das so: „Da sich das Leben jeder Nation unter verschiedenen ökonomischen Bedingungen herausbildet und historisch entwickelt, da jede Nation ihre eigene Sprache und Kultur besitzt, da sie sich sogar nach den Klassen und Gruppen von anderen unterscheidet, kann auch nur ihre eigene nationale proletarische sozialdemokratische Organisation sie hinsichtlich der proletarischen Klasseninteressen aufklären.“⁶

Iskra verließ diese verbreiteten föderalistischen Vorstellungen, worin sich eine schwerwiegende Unterschätzung der Tatsache zeigte, dass Russland ein Imperium und keinen Nationalstaat darstellte. Das erwies sich als besonders problematisch, da die sozialistischen und Arbeiterbewegungen bis zur Revolution von 1905 in den Randgebieten des Reiches viel stärker waren als im russischen Kernland. So waren im „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland“, kurz „Bund“ genannt, im Jahr 1903 bereits 30.000 Mitglieder organisiert, während die russischen Sozialdemokraten kaum ein paar Tausend aufweisen konnten.⁷ Während

4 Otvety Ispolnitel'nogo Komiteta partii Narodnoj voli, Narodnaja volja, 10 (1884), in: Literatura social'no-revoljucionnoj partii „Narodnoj voli“, 1905, S.680f.

5 Frühe Aussagen der SR zur nationalen Frage siehe bei V. M. Černov: Nacional'noe poraboščenie i revoljucionnyj socializm, in: Revoljucionnaja Rossija, 18 (1903), und Ders.: „Nacional'nyj vopros i revoljucija, in: Revoljucionnaja Rossija, 35 (1903).

6 Par attiecībām pret cittautu sociāldemokrātiskām organizācijām, (1904), in: Latvijas Komunistiskās partijas kongresu, konferenču un CK plēnumu rezolūcijas un lēmumi, Rīga 1958, S.8.

7 Otvēt o dejatel'nosti Bunda za vremja ot IV do V s'ezda (1901-1903 gg.), (1903) in: K. M. Anderson u. a. (Hrsg.): Bund. Dokumenty i materialy, 1894-1921, Moskva 2010, S.353.

sich die sozialistische Bewegung in Zentralrussland zur Jahrhundertwende schwach und zersplittert darbot, waren viele Sozialdemokraten der Randgebiete bereits über vereinzelt Zirkel hinausgekommen und hatten starke Parteien mit Organisationen in den Regionen aufgebaut. Gegen eine Zentralisierung als solche hatten sie nichts einzuwenden, sondern dagegen, dass diese sich auf das ganze Reich beziehen sollte.

Der Bruch des jüdischen „Bund“ mit der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPR) im Jahre 1903 offenbarte nicht nur organisatorische Differenzen mit Iskra, sondern auch wichtige politische Meinungsverschiedenheiten. Nach dem Pogrom von Czestochowa im Jahre 1902 wies Lenin die Feststellung des Bund, „der Antisemitismus ‚hat in der Arbeitermasse Wurzeln geschlagen‘“ als kindisch zurück und begründete dies damit, dass der Antisemitismus mit den Interessen der bürgerlichen, nicht aber der proletarischen Schichten verbunden sei.⁸ Lenin, Lev D. Trockij, Julij O. Martov und andere Vertreter der Iskra unterstützten die rechtliche Gleichstellung aller Menschen, lehnten aber den Vorschlag des Bund ab, ausdrücklich auch die Gleichstellung der Sprachen ins Parteiprogramm aufzunehmen.⁹ Zudem argumentierten sie, Assimilation ohne Zwang sei der einzige Weg, um der Unterdrückung der Juden ein Ende zu setzen.¹⁰ Der Chef der LSDAP, Pēteris Stučka, wies darauf hin, dass die Behauptung der Iskra von der „Notwendigkeit, kleine Ethnien zu assimilieren (das heißt, zu russifizieren)“ von russischen Beamten und Liberalen geteilt werde, was ihn zu dem Schluss führte, dass „hinter der Maske des [marxistischen] Antinationalismus der wahre Nationalismus hervortritt“.¹¹

Ähnlich problematisch war auch Lenins grundsätzliche Gegnerschaft zu Autonomie und Föderalismus auf Regierungsebene. Auf dem Parteitag von 1903 wandte er sich gegen eine Resolution zur Unterstützung „re-

8 W. I. Lenin: Braucht das jüdische Proletariat eine „selbständige jüdische Partei“? (1903), in: Ders.: Werke (im Folgenden: LW), Bd. 6, Berlin 1959, S.324-329, hier S.326f.

9 Siehe Brian Pearce (Hrsg.): 1903, Second Ordinary Congress of the RSDLP: Complete Text of the Minutes, London 1978, S.223-229. Auf Druck des Bundes und der georgischen Sozialdemokraten wurde schließlich eine Passage zu den Sprachenrechten in das Parteiprogramm aufgenommen, die Existenz einer „Staatssprache“ aber weiterhin akzeptiert. Siehe ebenda, S.6.

10 Zu Lenins frühen Argumenten für die Assimilation der Juden siehe Die Stellung des „Bund“ in der Partei“ (1903), in: LW, Bd. 7, Berlin 1956, S.82-93.

11 Pēteris Stučka: Proviņču autonomija socialdemokratu partiju programā, in: Nākotne, 4 (Juni 1906), S.51.

gionaler Selbstverwaltung“ mit dem Argument, diese „könnte so interpretiert werden, dass die Sozialdemokraten den ganzen Staat aufsplintern wollen“. ¹² Lenin erklärte: „Der Zerfall Rußlands, den die PPS [...] anstreben will, ist und bleibt ein leeres Wort, solange die wirtschaftliche Entwicklung die verschiedenen Teile eines politischen Ganzen immer enger zusammenschmiedet“. ¹³ Obwohl er diese Haltung mit wiederholten Zitaten von Europas führendem Marxisten Karl Kautsky rechtfertigte, waren Lenins konkrete politische Vorschläge weniger günstig für die Emanzipation der unterdrückten Nationalitäten. Vor allem befürwortete Lenin, anders als Kautsky und Karl Marx, nicht die Unabhängigkeit Polens. ¹⁴ Demgegenüber hatten die Vorgänger der Iskra von der populistischen Bewegung „Land und Freiheit“ argumentiert, dass „es unsere Pflicht ist, die Zerschlagung des gegenwärtigen russischen Reiches zu unterstützen“. ¹⁵

Die Spannung zu erkennen zwischen der aufrichtigen Unterstützung der Iskra für die Gleichheit der Nationalitäten und dem Wunsch, für ein sozialistisches Russland den größtmöglichen territorialen Rahmen zu erhalten, hilft vielleicht, deren vage, unverbindliche Interpretation des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung zu verstehen. Diese Losung war in die marxistische „Orthodoxie“ eingegangen, nachdem sie auf dem Londoner Kongress der Zweiten Internationale 1896 angenommen worden war, aber ihr Inhalt blieb unklar. Wie groß die terminologische Konfusion war, zeigt sich darin, dass in der englischen und französischen Version der Resolution von 1896 der Begriff „Autonomie“ gebraucht wird, während im deutschen Text von „Selbstbestimmungsrecht“ die Rede ist. ¹⁶ Fast alle Sozialisten des Zarenreiches, mit der bemerkenswerten Ausnahme von Rosa Luxemburg und ihren Anhängern, unterstützten die nationale Selbstbestimmung, aber wie (oder ob) diese Konzeption in konkrete Politik umgesetzt werden sollte, war heftig umstritten. Während Lenin und andere Iskra-Vertreter die politische Bekräftigung dieser Losung für ausreichend

12 Pearce, Second Ordinary Congress, S.221.

13 W. I. Lenin: Die nationale Frage in unserem Programm, in: LW, Bd. 6, S.452-461, hier S.459.

14 Zur Unterstützung der Unabhängigkeit Polens durch Marx und Engels siehe Karl Marx/Friedrich Engels: The Russian Menace to Europe: a Collection of Articles, Speeches, Letters, and News Dispatches, hrsg. von Paul Blackstock und Bert Hoselitz, Glencoe 1952.

15 Programma Zemli i voli (1878), in: V. N. Ginev/K. G. Ljaŝenko (Hrsg.): Iz istorii „Zemli i voli“ i „Narodnoj voli“. Spory o taktike. Sbornik dokumentov, Moskva 2012, S.35.

16 Den vollen Wortlaut der Resolution auf Englisch, Französisch und Deutsch siehe in: Histoire de la IIe Internationale, Bd. 10, Genève 1980, S.223, 455, 478.

hielten, argumentierten die meisten Sozialdemokraten der anderen Nationalitäten, dass sie in konkrete Forderungen nach nationaler Autonomie, Föderalismus oder Unabhängigkeit umgesetzt werden müsse.

Letzteres wurde in zahlreichen Streitschriften und Artikeln von Sozialisten der Randgebiete artikuliert, die sowohl theoretisch als auch politisch über die Haltung ihrer russischen Genossen hinausgingen. Eine geradezu bahnbrechende Leistung vollbrachte Kazimierz Kelles-Krauz, der wichtigste marxistische Theoretiker der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der eine Strategie formulierte, die die nationale Befreiung im proletarischen Kampf verwurzelte. Während er sich für die Zusammenarbeit mit den russischen Sozialisten im Kampf für den Sturz des Zaren einsetzte, forderte er, das Reich aufzubrechen, weil nach seiner Meinung selbst ein konstitutionelles Russland die Unterdrückung von Nichtrussen nicht einstellen würde.¹⁷ Anders als die Iskra-Anhänger machte Kelles-Krauz einen Unterschied zwischen dem progressiven „defensiven und unterdrückten“ Nationalismus der Polen und dem „offensiven und unterdrückenden“ Nationalismus der Russen.¹⁸ Weit davon entfernt, der Klassenkollaboration das Wort zu reden, argumentierte er, Unabhängigkeit könne nur durch die Selbstorganisation und Mobilisierung des Proletariats erreicht werden, denn die einheimische Bourgeoisie fürchte die Arbeiter und habe daher aufgehört, für politische Demokratie zu kämpfen.¹⁹ „Ein unabhängiges Polen um des Proletariats willen, nicht das Proletariat um der Unabhängigkeit Polens willen“, war seine Devise.²⁰

Zu einer Zeit, da der Sozialismus für viele Sozialdemokraten noch ein fernes, schemenhaftes Ziel war, verband Kelles-Krauz als erster Marxist des 20. Jahrhunderts den Kampf um nationale Befreiung mit der sozialistischen Revolution als aktuelle Aufgabe. Im Unterschied dazu schwingte sich Trotzki in seiner berühmten Theorie von der permanenten Revolution aus dem Jahre 1906 über die Kämpfe der unterdrückten Völker für Selbstbestimmung aus.²¹ Kelles-Krauz schrieb 1902: „In jeder Stadt, in je-

17 Siehe Elehard Esse [d. i. Kazimierz Kelles-Krauz]: *Socialistes Polonais et Russes*, in: *L'Humanité nouvelle: revue internationale: sciences, lettres et arts* 1, 1899, Nr. 4, S.434-450.

18 Ebenda, S.444.

19 Siehe Kazimierz Kelles-Krauz: *Wybór pism politycznych*, Kraków 1907, S.252, 256-263.

20 Michał Luśnia [d. i. Kazimierz Kelles-Krauz]: *Klasowość naszego programu* (1894), in: *Ders.: Naród i historia: wybór pism*, hrsg. von Stanisław Ciesielski, Warszawa 1989, S.51.

21 Siehe *Ergebnisse und Perspektiven* (1906), in: Leo Trotzki: *Die Permanente Revolution*,

dem Viertel, aus dem die Armee und die Behörden des Zaren vertrieben werden, ist es unsere heilige Pflicht, sofort eine sozialistische Republik auszurufen“, in der alle wichtigen Industrien zum „Eigentum der Nation“ werden. Ob die polnische Revolution bis zur „Diktatur des Proletariats“ voranschreiten wird oder ob die „sozialen Errungenschaften des Aufstandes“ durch die Rückkehr zum Privateigentum an den Produktionsmitteln „teilweise vernichtet werden“, so argumentierte er, „kann nicht vorausgesagt werden“, da dies von der Dynamik des revolutionären Kampfes im Westen „in beträchtlichem Maße abhängt“.²²

Die erste Organisation im ganzen Zarenreich, die in dieser Zeit forderte, dass die russische Revolution sofort den Kapitalismus stürzen müsse, war ebenfalls in bedeutendem Maße ein Produkt der Randgebiete. Es waren die „Sozialrevolutionäre-Maximalisten“, die 1904 gegründet wurden und in der Nähe von Bialystok, einer vorwiegend jüdischen Stadt im Nordwesten des Reiches, beheimatet waren. Sie verlangten die sofortige Gründung einer „Arbeiterrepublik“, das heißt, „die Machtergreifung des arbeitenden Volkes in Stadt und Land“, die Enteignung von Fabriken, Bergwerken und Landgütern „für das öffentliche Wohl“. Eine solche Revolution werde zu einer „globalen Revolte der Arbeit gegen das Kapital“ führen, weshalb „die Arbeiter des Westens“ auf das Proletariat Russlands schauten und die „Weltbourgeoisie“ es fürchte und hasse.²³ In der nationalen Frage setzten sich die Sozialrevolutionäre-Maximalisten für Föderalismus, Dezentralisierung und das Recht zur Lostrennung ein, obwohl sie wie andere Fraktionen der Sozialrevolutionäre den „gesamtrussischen“ Kampf stärker hervorhoben als die nationale Befreiung als solche.²⁴

Die Revolution von 1905 in den Randgebieten

Zwar würde eine detaillierte Analyse der Revolution von 1905 den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, aber auf die besonders brisante Mischung nationaler und sozialer Unzufriedenheit in den Randgebieten soll eingegangen werden. In der Tat ging die Revolution an der Peripherie des Reiches viel weiter als im Zentrum, und auch der Einfluss der Marxisten war

Berlin-Wilmersdorf 1930.

22 Michał Luśnia: *Nasz kryzys*, in: *Przedświt*, 2 (1902), S.55.

23 Sergej P-ovič: *Prjamo k celi* (1906), in: *Sojuz ėserov-maksimalistov. Dokumenty, publicistika, 1906-1924*, Moskva 2002, S.11-14.

24 Siehe Dmitrij Borisovič Pavlov: *Ėsery-maksimalisty v pervoj rossijskoj revoljucii*, Moskva 1989, S.118.

dort weit größer. Das zeigt, wie ernst das Versagen der Bolschewiki war, die es nicht verstanden, über den Kreis der ethnischen Russen hinaus eine eigene Basis aufzubauen.

In Baku führte die „Hummet“, die erste sozialistische Partei eines muslimischen Volkes in der ganzen Welt, aserische und persische Ölarbeiter und Fischer in kämpferische Streiks und spielte eine führende Rolle in der Revolution, die 1909 den Schah von Persien stürzte. Die faszinierende Geschichte der Hummet widerlegt die allgemeine Annahme, muslimische Gebiete seien historisch für sozialistische Ideen unempfänglich gewesen. Sie widerspricht auch dem Argument der Bolschewiki, dass marxistische Parteien besonderer nationaler Gruppen wie die Hummet oder der Bund (im Unterschied zu multiethnischen territorialen Organisationen) à priori Hindernisse für den Kampf um den Zusammenschluss der Arbeiterklasse darstellten. Tatsächlich spielten Mitglieder der Hummet eine Schlüsselrolle bei der Schaffung (einer oft schwächlichen) Einheit muslimischer Arbeiter mit ihren armenischen oder russischen Kollegen. Der kurzlebige Einfluss der Bolschewiki unter muslimischen Arbeitern in den Jahren 1906 bis 1908 fiel in die Zeit, in der sie mit der Hummet zusammenarbeiteten und in ihr wirkten.²⁵

In Finnland führte die Sozialdemokratische Partei im Zusammenwirken mit der „Föderation arbeitender Frauen“ Massendemonstrationen und Streiks an, die die Autonomie Finnlands erfolgreich wiederherstellten und schließlich in die erste Gesellschaft der Welt mit vollem Wahlrecht für Frauen mündeten. Jahrzehnte bevor US-Feministinnen von der Theorie der „Intersektionalität“ redeten, kämpften finnische Sozialistinnen und Sozialisten zugleich für Frauenrechte, für das Ende der nationalen Unterdrückung und für die Beseitigung der Klassenausbeutung. Wie Hilja Pärsinen, eine zentrale Führungsfigur der finnischen Sozialisten und der Bewegung der arbeitenden Frauen, eine enge Mitkämpferin von Clara Zetkin und Aleksandra M. Kollontaj, hervorhob, gelang es den finnischen Frauen das Wahlrecht unter Führung der sozialistischen Bewegung durchzusetzen, weil sie schon in dem bereits 1899 beginnenden nationalen Kampf gegen die Russifizierung und im Generalstreik während der Revolution von 1905 eine Schlüsselrolle gespielt hatten.²⁶

25 Nach dem Niedergang der Hummet in den Jahren 1909-1911 verloren die Bolschewiki diese Basis, was dazu führte, dass die „Kommune von Baku“ 1917/1918 unter Russen und Armeniern nur wenig Unterstützung fand. Zur Hummet siehe Agakišiev, Voznikovenie.

26 Siehe Hilja Pärsinen: Über das Stimmrecht der finnischen Frau, in: Die Gleichheit, 3.10.1906, S.136f. Der Kampf für das allgemeine Wahlrecht in Finnland, der von den So-

Die militanteste Arbeiterbewegung erlebte Polen, was sich in dem Juni-Aufstand von Łódź zeigte.²⁷ Am dramatischsten entwickelten sich die Dinge in Georgien und Lettland, wo Sozialdemokraten Massenerhebungen von Arbeitern, Bauern und Landarbeitern anführten, die zum Jahresende in der Machtergreifung in großen Teilen der ländlichen Gebiete und vielen kleineren Städten ihren Höhepunkt fanden.²⁸

Im Gefolge von 1905 führte der Wunsch nach engerer Zusammenarbeit der Sozialisten zur Vereinigung des Jüdischen Bundes, der polnischen SDKPiL und der Lettischen LSDAP mit der SDAPR. In ihrer Praxis war die neue Partei wesentlich stärker föderalistisch als zentralistisch strukturiert, denn die nationalen Parteien achteten darauf, dass ihre Organisationen, Führungen und ihre Politik intakt blieben. Latente Differenzen zwischen ihnen wurden eher vom Tisch gewischt als gelöst. So wurde auf dem Vereinigungskongress von 1906 das Prinzip der Zentralisierung ebenso bestätigt wie die Aufrechterhaltung einer eigenen Politik und eigener Organisationsstrukturen der Marxisten der Randgebiete sanktioniert, obwohl dies dem Programm der SDAPR als Ganzes widersprach. Zum Beispiel wurde in dem beschlossenen Vereinigungsabkommen mit dem Bund akzeptiert, dass dieser „eine sozialdemokratische Organisation des jüdischen Proletariats“ sei, „dessen Tätigkeit nicht auf einen regionalen Rahmen beschränkt ist“, während zugleich die grundsätzliche Gegnerschaft der SDAPR gegen nicht-territoriale Parteiorganisationen bekräftigt wurde.²⁹

Die Bolschewiki fanden sich mit diesem loserem Rahmen ab, da die nationalen Sozialdemokraten, die meist links von den Menschewiki standen, wichtige Verbündete in den parteiinternen Fraktionskämpfen waren. Dabei blieb die ethnische Zusammensetzung der Bolschewiki eng: 78 Prozent der Delegierten des SDAPR-Parteitages von 1907 waren Russen.³⁰

zialisten angeführt und von den etablierten Frauenorganisationen bis zum letzten Moment attackiert wurde (die sich für Eigentum als Voraussetzung für Teilnahme an Wahlen einsetzten), wurde systematisch marginalisiert, weil die Historiografie den liberalen Feminismus in den Mittelpunkt stellte. Zum Kampf um das Wahlrecht in Finnland und zu den ersten Frauen im Parlament siehe Eeva Ahtisaari u. a.: *Yksi kamari, kaksi sukupuolta. Suomen eduskunnan ensimmäiset naiset*, Helsinki 1997.

27 Siehe Władysław Lech Karwacki: *Łódź w latach rewolucji: 1905-1907, Łódź 1975.*

28 Zu Lettland siehe A. Bīrons/A. Puļķis (Hrsg.): *Latvijas strādnieki un zemnieki 1905.-1907. g. revolūcijā*, Rīga 1986; zu Georgien Grigorij Uratadze: *Vospominanija gruzinskogo social-demokrata*, Stanford 1968.

29 Siehe Četvertyj (ob“edinitel’nyj) s“ezd RSDRP. Aprel’ (aprel’-maj) 1906 goda. Protokoly, Moskva 1959, S.532f.

30 Siehe Pjatyj s“ezd RSDRP. Maj-ijun’ 1907 g. Protokoly, Moskva 1935, S.659.

Ebenso problematisch ist, dass sie es ablehnten, ihr Programm in der Nationalitätenfrage zu aktualisieren und sogar jede Diskussion über dieses Thema auf dem Parteitag von 1907 verweigerten.³¹ Bei all ihrem Anspruch auf „Orthodoxie“ blieben Lenin und seine Genossen hinter Kautsky zurück, der bereits 1905 die Umwandlung Russlands zu „einem föderalen Staat, den Vereinigten Staaten von Rußland“ gefordert hatte.³² Wegen der anhaltenden Ablehnung des Föderalismus durch die Bolschewiki ist es nicht verwunderlich, dass der „Bund“ die erste Partei war, die Kautskys Artikel auf Russisch herausbrachte.³³

Die Vorkriegsdebatten

Erst nach 1912 begannen Lenin und einige seiner Genossen ihre Politik in der nationalen Frage zu überdenken, da die Herausbildung von Fraktionen das Thema wieder in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rückte. Die meisten sozialdemokratischen Parteien der Nationalitäten, besonders ihre Mitglieder, lehnten den Reformismus der menschewistischen Liquidatoren ab und hielten an einem revolutionären Marxismus „ohne Fraktionen“ fest. Jedoch keine dieser Parteien nahm an der Prager Konferenz von Bolschewiki und Partei-Menschewiki im Jahre 1912 teil, wo sich die Partei von den Liquidatoren trennte.³⁴ Auf der von den wichtigsten Marxisten der Randgebiete geleiteten Konferenz des Wiener „Augustblocks“ einige Monate später stellten Trotzki und die Menschewiki klar, dass national-kulturelle Autonomie (die Forderung, autonome kulturelle Institutionen für alle Nationalitäten unabhängig vom Territorium zu schaffen) nicht im Widerspruch zum Parteiprogramm stehe.³⁵

Als Reaktion auf diese Entwicklungen beauftragte Lenin die relativ wenigen Funktionäre der Bolschewiki aus Randgebieten, darunter den Georgier Iosif V. Stalin, als Teil einer politischen Gegenoffensive über die nationale Frage zu schreiben.³⁶ 1913 und 1914 veröffentlichte Lenin sei-

31 Siehe ebenda, S.25f., 57.

32 Karl Kautsky: Die Nationalitätenfrage in Russland, in: Leipziger Volkszeitung, 29.4.1905, S.17.

33 Kautskys Artikel ist abgedruckt in: Vladimir Medem: Social-demokratija i nacional'nyj vopros, Sankt-Peterburg 1906.

34 Siehe Valentin V. Šelochaev u. a. (Hrsg.): Konferencii RSDRP 1912 goda. Dokumenty i materialy, Moskva 2008.

35 Po voprosu o kul'turno-nacional'noj avtonomii (1912), in: ebenda, S.947.

36 Siehe J. W. Stalin: Marxismus und nationale Frage (1913): in Ders.: Werke, Bd. 2, Berlin

ne ersten theoretischen Arbeiten zu diesem Thema, die gegen die Verfechter einer national-kulturellen Autonomie gerichtet waren. Dazu gehörten damals die meisten nationalen Sozialdemokraten und die Luxemburg-Anhänger.³⁷ Lenins Arbeiten aus der Vorkriegszeit stellten in mehrfacher Hinsicht einen wichtigen Fortschritt dar. Nach zwei Jahrzehnten relativer Vernachlässigung war das Hervorheben der Bedeutung der nationalen Frage eine grundlegende Veränderung, ebenso seine neue Unterstützung für Regionalautonomie und Sprachenrechte sowie die Betonung des Kampfes gegen den russischen Chauvinismus. Aber politische Schwäche und die Tatsache, dass Lenins neue Positionen bei Weitem nicht von allen seinen Genossen akzeptiert wurden, untergruben auch weiterhin Versuche der Bolschewiki, ihre Basis zu verbreitern. Dabei treten drei Punkte besonders hervor:

Erstens waren die Schriften der Bolschewiki aus dieser Zeit von der Auffassung geprägt, dass der „entwickelte Kapitalismus“ die Teilung in Nationen systematisch auflösen werde. Stalin zitierte zustimmend aus dem Kommunistischen Manifest: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr.“³⁸ Auch Lenin hob hervor: „Es bleibt jene welthistorische Tendenz des Kapitalismus zur Niederreißung der nationalen Schranken, zur Verwischung der nationalen Unterschiede, zur *Assimilation* der Nationen, die mit jedem Jahrzehnt immer mächtiger hervortritt und eine der größten Triebkräfte darstellt, die den Kapitalismus in Sozialismus verwandeln.“³⁹

Davon ausgehend argumentierte Lenin, die vor sich gehende Assimilierung ukrainischer Arbeiter im zaristischen Russland sei „zweifellos eine fortschrittliche Tatsache“ des kapitalistischen Wachstums.⁴⁰ Zwar räumte er ein, dass die Gründung eines ukrainischen Staates eine historische Möglichkeit sei, zugleich aber werde „die geschichtliche Fortschrittlichkeit der ‚Assimilation‘ der großrussischen und der ukrainischen Arbeiter ebensowenig einem Zweifel unterliegen wie die Fortschrittlichkeit des Vermahlens der Nationen in Amerika“.⁴¹ Ausgehend von dieser Analy-

1950, S.266-333.

37 Siehe W. I. Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage (1913), in: LW, Bd. 20, Berlin 1961, S.1-37; Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (1914), in: ebenda, S.395-461.

38 Stalin, Marxismus, S.300.

39 Lenin, Bemerkungen, S.13. Hervorhebung im Orig.

40 Ebenda, S.16. Hervorhebung im Orig.

41 Ebenda.

se brandmarkten Lenin und Stalin den Kampf zur Verteidigung nationaler Kulturen beherrschter Völker als eine reaktionäre Erscheinung von bürgerlichem Nationalismus.⁴² Selbst die Verbündeten der Bolschewiki in der lettischen LSDAP, der einzigen Partei aus den Randgebieten, die sich in diesen Jahren endgültig an die Seite der Bolschewiki stellte, strich alle Formulierungen Lenins zur nationalen Frage aus dem Programmentwurf, den er für deren Parteitag von 1914 ausgearbeitet hatte.⁴³

Da die Historiografie der Vorkriegsdebatten zur nationalen Frage zu meist auf Zustimmung oder Gegnerschaft zu den Theorien des Austromarxisten Otto Bauer konzentriert ist, soll hier hervorgehoben werden, dass die wichtigsten Beiträge aus den Randgebieten des Zarenreiches in eine klar ausgeprägte Orientierung mündeten. Anders als Bauer und die Bolschewiki neigten viele Sozialdemokraten aus den Randgebieten zu der Auffassung, dass territoriale und extraterritoriale nationale Lösungen miteinander verbunden werden müssten. Die Behauptung der Bolschewiki, der Kapitalismus löse die Teilung in Nationen auf, wurde allgemein abgelehnt, ebenso Bauers Sicht, die Nationen seien permanente Gebilde, die mit der Errichtung des Sozialismus nur noch weiter zementiert würden.⁴⁴

Der zweite wichtige Schwachpunkt der Bolschewiki aus dieser Sicht war die Rücknahme ihrer Position aus den Jahren nach 1905, als den sozialdemokratischen Organisationen aus den Randgebieten de facto ein föderaler Status zugebilligt worden war. Lenin kehrte zu seiner Verurteilung eines organisatorischen Föderalismus zurück und behauptete einmal sogar, die nichtrussischen Sozialdemokraten seien kein wesentlicher Bestandteil einer russlandweiten Partei: „Ist die Partei berechtigt, sich ohne die Nationalen ‚SDAP **Rußlands**‘ zu nennen? Sie ist berechtigt, denn sie war eine Partei *Rußlands* von 1898 bis 1903 ohne Polen und Letten, von 1903 bis 1906 ohne Polen, Letten und den ‚Bund‘!“⁴⁵

Drittens wandte sich Lenin weiterhin gegen einen staatlichen Föderalismus und behauptete, große Staaten seien eine progressive Erscheinung und sollten nur in Ausnahmefällen zerschlagen werden. Er schrieb: „[Die]

42 Siehe ebenda, S.6; Stalin, *Marxismus*, S.324.

43 Siehe Očerki istorii Kommunističeskoj partii Latvii, hrsg. vom Institut istorii partii pri CK KP Latvii, filial Instituta marksizma-leninizma pri CK KPSS, Bd. 1, Rīga 1962, S.262f.

44 Siehe z. B. K. Zalevskij [d.i. Stanislaw Trusiewicz]: Nacional'nyj vopros v Rossii, in: Naša Zarja, 5 (1914), S.15-23, 6 (1914), S.24-29.

45 W. I. Lenin: Bericht des ZK der SDAPR und instruktive Hinweise für die Delegation des ZK zur Brüsseler Konferenz, in: LW, Bd. 20, S.505-548, hier S.546. Hervorhebungen im Orig.

Marxisten [werden] unter keinen Umständen das föderative Prinzip oder die Dezentralisation propagieren. Ein zentralisierter Großstaat ist ein gewaltiger historischer Schritt vorwärts auf dem Wege von der mittelalterlichen Zersplitterung zur künftigen sozialistischen Einheit der ganzen Welt, und einen anderen Weg zum Sozialismus als *über* einen solchen (mit dem Kapitalismus *unlösbar* verknüpften) Staat gibt es nicht und kann es nicht geben.⁴⁶

Diese Haltung, mit der der Unterschied zwischen einem Reich und einem Nationalstaat umgangen wurde, nahm seiner Definition der Selbstbestimmung als des Rechts auf politische Abtrennung viel von ihrer Prägnanz. Der Parteiführer der ukrainischen Sozialdemokraten, Lev Jurkevič, erwiderte, eine generelle Unterstützung für große Staaten und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung seien „einander ausschließende Prinzipien“.⁴⁷ Zur entscheidenden Frage der Unabhängigkeit Polens erklärte Lenin: „Keinem einzigen Marxisten Rußlands ist es je in den Sinn gekommen, den polnischen Sozialdemokraten einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie gegen die Lostrennung Polens sind. Einen Fehler begehen diese Sozialdemokraten nur dann, wenn sie – wie Rosa Luxemburg – zu bestreiten suchen, daß das Programm der Marxisten *Rußlands* die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts enthalten muß.“⁴⁸

Diese Haltung konkretisierte sich in dem fortdauernden Bündnis der Bolschewiki mit den Luxemburg-Anhängern anstatt der „PPS-Linke“ (die sich so nannte, nachdem die PPS-Mehrheit ihren nationalistischen Flügel 1906 ausgeschlossen hatte). Diese führte eine wiedererstehende Massenbewegung der Arbeiter an.⁴⁹ Die Bolschewiki brandmarkten sie jedoch ungerechterweise als „Nationalisten“ und schlossen ein Bündnis mit einem Flügel der SDKPiL (Karl Radek und andere), der sich gegen das Sektierertum und die antidemokratischen Zumutungen der emigrierten Führung unter Rosa Luxemburg und Leo Jogiches wandte, während er deren Sicht auf die nationale Frage weiter unterstützte.⁵⁰ Die Haltung der Bolschewiki

46 Lenin, Bemerkungen, S.31f. Hervorhebungen im Orig.

47 L. Ribalka [d. i. Lev Jurkevič]: Russkie social-demokrati i nacional'nyj vopros, Ženeva 1917, zit. nach: Ivan V. Majstrenko: Lenin i nacional'ne pitanja, in: Sučasnist', 6, 1975, S.62.

48 Lenin, Selbstbestimmungsrecht, S.434. Hervorhebung im Orig.

49 Zur Stärke und zum Radikalismus der PPS-Linken zu dieser Zeit siehe Janina Kasprzakowa: Ideologia i polityka PPS-Lewicy w latach 1907-1914, Warszawa 1965, S.187-246.

50 Rosa Luxemburgs heutige Reputation als die Verkörperung eines demokratischen, „offenen“ Marxismus ist mit ihrer Rolle in der revolutionären Bewegung Polens und mit der da-

zu Polen und zur nationalen Befreiung im Allgemeinen hilft zu verstehen, weshalb ihre Unterstützung in den Randgebieten des Reiches im Wesentlichen auf antipatriotisch eingestellte Sozialdemokraten beschränkt war.

Schlussbemerkungen

Ungeachtet des Wunsches der Bolschewiki, eine Partei aufzubauen, die alle Arbeiterinnen und Arbeiter des Zarenreiches repräsentieren sollte, waren ihre Wurzeln unter den Nichtrussen und ihre Politik ihnen gegenüber am Vorabend von 1917 bemerkenswert schwach. Dies war gewiss nicht der einzige Grund dafür, dass die Revolution außerhalb des russischen Kernlandes eine Niederlage erlitt, aber es kann zumindest als wichtiger Faktor dafür gelten. Die Rückschläge in den Randgebieten, besonders das Scheitern der Revolution in Polen, waren wichtige Wendepunkte der revolutionären Nachkriegswelle.⁵¹ Ende 1923 stand die Sowjetregierung allein in einer feindseligen kapitalistischen Welt.

Die Erfahrung dieser Rückschläge, die Bemühungen, die Sowjetmacht auch unter den nichtrussischen Völkern zu errichten und das Einströmen von Sozialdemokraten und revolutionären Nationalisten aus den Randgebieten in die Kommunistische Partei und die Komintern führten zu einer grundlegenden Revision der Haltung der Bolschewiki zur nationalen Frage. Sie übernahmen viele Positionen, die zunächst nur Sozialdemokraten aus den Randgebieten vertreten hatten, darunter die Unterstützung für staatlichen Föderalismus und/oder unabhängige sozialistische Republiken in den Randgebieten, die Ablehnung von Assimilation, die aktive Förderung nationaler Kultur und nationaler Schulen; die Gründung eigenständiger marxistischer Parteien in den Randgebieten.⁵² Diese neue Politik er-

möglichen Praxis in ihrer Partei unmöglich zu vereinbaren. Die Spaltung der SDKPiL im Jahre 1911 war der Höhepunkt des Widerstandes der Mehrheit der Parteimitglieder gegen die von der Luxemburg-Jogiches-Führung praktizierte Organisation von oben nach unten und deren obsessive Kampagne gegen die PPS. Zur SDKPiL in jener Zeit und zu ihren Beziehungen zu den russischen Sozialdemokraten siehe Walentyna Najdus: SDKPiL a SDPRR 1908-1918, Wrocław 1980.

51 Der Einfluss der Niederlage in Polen auf das Abflauen der revolutionären Welle in der Nachkriegszeit wurde vom III. Kominternkongress anerkannt. Siehe dazu: Theses of the Third World Congress on the International Situation and the Tasks of the Comintern (1921), in: Alan Adler: Theses, resolutions and manifestos of the first four congresses of the Third International, London 1980, S.184.

52 Zur Entwicklung der Haltung der Bolschewiki zur nationalen Frage nach 1917 sowie zu den Spannungen theoretischer und praktischer Natur um diese Frage in der Partei siehe Je-

möglichte eine bemerkenswerte „nationale Renaissance“ der Nichtrussen, die bis zur stalinistischen Konterrevolution der 1930er-Jahre andauerte.⁵³

Kurz gesagt, überwand die Bolschewiki insgesamt ihre Schwächen in der nationalen Frage erst nach anfänglichen Niederlagen der Arbeiterrevolutionen in den Randgebieten des Zarenreiches. Lenin und seine Genossen übernahmen schließlich vieles von den Positionen der nichtrussischen Sozialdemokraten, aber die Verspätung, mit der das geschah, kam die Revolution teuer zu stehen. Hätten die Bolschewiki diese Orientierung eher übernommen, dann wäre die sozialistische Revolution in den nichtrussischen Gebieten möglicherweise erfolgreich gewesen und hätte sich von dort über Europa und Asien ausbreiten können. Aus diesen Erfahrungen, vor allem aus jenen von Marxisten der Peripherie zu lernen, kann von beträchtlichem Wert sein für die sozialistische Praxis in heutigen Kämpfen gegen Unterdrückungsformen nicht nur auf Klassenbasis, sondern auch gegen nationale und patriarchale Diskriminierung.

Aus dem Englischen von Helmut Ettinger

remy Smith: *The Bolsheviks and the National Question, 1917-23*, New York 1999.

53 Zur Politik einer „positiven Diskriminierung“ in der Sowjetunion zu dieser Zeit siehe Terry Martin: *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923-1939*, London 2001.